



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 206

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
claudia.kirmeyer@lra-
ed.de

Erding, 03.09.2013
Az.:

28. Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 29.04.2013

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Biller, Josef

Eichinger, Gertrud

Gruber, Michael

Grundner, Heinz

Hofstetter, Franz Josef

Kellermann, Otto

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Oberhofer, Michael

Peis, Hans

Seeger, Hannelore

i.V.v. Dieckmann, Ulla

Ab 14.30 Uhr

i.V.v. Huber, Martin

i.V.v. Hagl, Monika

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin

Fischer Heinz

Kirmeyer Claudia (Protokoll)

Centner Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

II. Öffentlicher Teil:

3. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2011 "DSD
Landkreis Erding"
Vorlage: 2013/1272
4. Abfallwirtschaft
Ausweitung des Sperrmüllkonzepts im Holsystem
Vorlage: 2013/1274
5. Abfallwirtschaft
Vorstellung der Bürgerbeteiligungsplattform "Mitreden im Landkreis
Erding"
Vorlage: 2013/1275
6. Bekanntgaben und Anfragen
- 6.1. Anfrage von Kreisrat Gruber zur Nordumfahrung

II. Nichtöffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 29.04.2013



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. Haushaltswesen Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2011 "DSD Landkreis Erding" Vorlage: 2013/1272

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Jahresgewinn zu verzeichnen ist. Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben, verliest er folgenden Beschlussvorschlag:

StrVU/0110-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, den Jahresabschluss 2011 „DSD Landkreis Erding“ mit folgenden Abschlusszahlen festzustellen und die Entlastung zu erteilen:

Jahr 2011	
Bilanzsumme	183.242,31 €
Jahresgewinn	48.318,25 €

Der Jahresgewinn ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

4. Haushaltswesen Ausweitung des Sperrmüllkonzepts im Holsystem Vorlage: 2013/1274

Der Vorsitzende erläutert, dass auf Antrag der CSU-Fraktion das Sperrmüllkonzept auf Ausweitung geprüft werden soll. Früher gab es eine Sperrmüllabfuhr. Aufgrund der Einführung des Abfallwirtschaftsgesetzes im Jahr 1992 gab es einen deutlichen Schritt in Richtung Mülltrennung. Die Leute sollten nicht länger ihren Sperrmüll einfach auf die Straße stellen. Heute erfolgt die Sperrmüllentsorgung in Isen im Bringsystem. Diese ist gebührenpflichtig. Es gibt immer mehr Anfragen bezüglich einer Abholmöglichkeit für Sperrmüll. Momentan müssen sich die Bürger dazu aber direkt mit dem Unternehmer in Verbindung setzen. Der Alt- und Gebrauchtwarenmarkt der Caritas bekommt relativ viel Unbrauchbares angeboten. Die Lager sind sehr voll. Heute geht es darum, zu überprüfen, ob möglicherweise ein fertiges Konzept entwickelt werden soll.

Kreisrätin Seeger zweifelt, ob der Zeitpunkt für die Beratung richtig gewählt ist. Im nächsten Tagesordnungspunkt wird die Bürgerbeteiligungsplattform besprochen, bei der es erneut um den Bereich Sperrmüllentsorgung geht. Wenn die Bürgerbefragung kommt, wäre es sinnvoll, hinterher über die Erstellung eines Konzepts zu sprechen. Es stellt sich die Frage,

was sich für einen Bürgerdialog anbietet. Sie spricht sich dafür aus, die Behandlung des Tagesordnungspunktes bis nach der Bürgerbefragung zurückzustellen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende sagt, dass die Einführung eines solchen Systems heute nicht beschlossen werden kann. Es geht darum, die Möglichkeit zu prüfen. Ursprünglich war eine Ausweitung im Holsystem nicht vorgesehen. Wenn ein Beschluss für die Prüfung gefasst wird, wird die Thematik in die Bürgerbefragung aufgenommen.

Kreisrat Peis betont, dass es darum geht, von der Verwaltung die Grundlagen für eine mögliche Ausweitung der Sperrmüllentsorgung prüfen zu lassen. Aus heutiger Sicht kann es nicht mehr sein, dass die Menschen einfach ihren Sperrmüll auf die Straße stellen. Er selbst ist schon von mehreren Bürgern bezüglich der Abholung des Sperrmülls angesprochen worden. Bei der Einführung des Abfallwirtschaftsgesetzes ging es auch darum, Wertstoffe abzuschöpfen und ein Bewusstsein für Wert- und Sinnvolles zu schaffen. Dies war einer der Hintergründe, warum das Holsystem aufgegeben wurde. Heute gelten ganz andere Voraussetzungen. Die Wegwerfmentalität ist zwar immer noch da, beschränkt sich aber jetzt auf große Dinge, die möglicherweise sogar im Wald entsorgt werden. Dem kann mit einem gut strukturierten Holsystem entgegengewirkt werden. Wenn ein Beschluss für eine Prüfung gefasst wird, kann innerhalb der Bürgerbefragung über das Thema Sperrmüllabholung diskutiert werden. Die Befragung sollte aber nicht nur online stattfinden, sondern auch über die Gemeinden in Form eines Fragebogens an die Bürger weitergeleitet werden.

Kreisrat Mehringer berichtet, dass sich die FW- Fraktion für die Prüfung des Antrags ausspricht. Das Sperrmüllkonzept im Holsystem soll nicht unbedingt in der alten Form wieder hergestellt werden. In den letzten Jahren wurde aber auch vermehrt gemeldet, dass die schwer zu entsorgenden Gegenstände im Wald weggeworfen werden. Die Waldbesitzer sind angehalten, die Gegenstände sofort aus den Wäldern zu entsorgen um Häufungen entgegen zu wirken. Das frühere Konzept ist überprüfungswert. Bei Anschaffungen muss auch immer wieder die Entsorgungsfrage gestellt werden. Es gibt Handlungsbedarf. Ein niederschwelliges Angebot sollte gestellt werden. Die Thematik kann im Rahmen der Bürgerbeteiligungsplattform genauer behandelt werden.

Kreisrätin Eichinger erklärt, dass durchaus die Möglichkeit besteht, Sperrmüll vor der Haustür abholen zu lassen. Da diese Möglichkeit aber von relativ wenigen Bürgern genutzt wird, ist vorstellbar, dass sie zu teuer ist. Ein halber Kubikmeter für 20 Euro ist nicht unwesentlich. Viele der im Wald entsorgten Möbelstücke wurden wohl zunächst zum Recyclinghof gefahren aber aufgrund der hohen Kosten nicht abgegeben. Sie schlägt vor, dass bestehende Holsystem besser publik zu machen. Die Allgemeinheit muss nicht mit den Abfallgebühren die günstige Sperrmüllentsorgung finanzieren. Die Kosten sollten von den betroffenen Bürgern getragen werden.

Kreisrat Oberhofer spricht sich dafür aus, die Komponente Holsystem heute in einem Grundsatzbeschluss festzuhalten. Seines Erachtens ist



Konsens, dass ein Holsystem in irgendeiner Art und Weise entwickelt werden soll. Möglicherweise können auch karitative Einrichtungen ins Boot geholt werden, die daraus einen Nutzen ziehen können. Mit der Bürgerplattform kann ganz bewusst die Meinung der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen werden. Nach dem Grundsatzbeschluss zur Erweiterung des Holsystems können in der nächsten Phase die Detailfragen geprüft und ausgearbeitet werden.

Der Vorsitzende formuliert daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, die Sperrmüllentsorgung im Holsystem zu erarbeiten und die Abholungsmodalitäten zu prüfen.

Kreisrat Oberhofer fügt hinzu, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligungsplattform in das Konzept der Verwaltung eingearbeitet werden sollen.

Der Vorsitzende betont, dass es sich bei der Bürgerbeteiligungsplattform nur um eine Meinungsabfrage handeln kann. Sie wird einen Beitrag dazu leisten, dem Gremium die Entscheidung leichter zu machen.

Kreisrätin Seeger weist darauf hin, dass bereits ein Holsystem besteht. Die CSU-Fraktion fordert eine Ausweitung des Holsystems. Sie fragt, ob dabei das Bringsystem weiter bestehen soll.

Der Vorsitzende bejaht. Das Bringsystem soll nicht abgeschafft werden. Manche Bürger liefern ihren Sperrmüll mit dem LKW an.

Kreisrat Oberhofer schlägt vor, zu prüfen, ob jeder Haushalt zwei Kubikmeter Sperrmüll kostenlos in Anspruch nehmen könnte.

Kreisrat Gruber wünscht, dass sowohl für das Hol- als auch das Bringsystem das Ergebnis der Bürgerbeteiligung abgewartet wird.

Der Vorsitzende formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Ausweitung der Sperrmüllentsorgung ein Konzept zu erarbeiten. Weiter soll geprüft werden, inwieweit eine direkte Abholung aus der Wohnung unter Einbeziehung karitativer Vereinigungen möglich wäre.

Das Bringsystem kann durch ein Holsystem nicht ersetzt. Es soll auch künftig möglich sein, den Sperrmüll direkt nach Isen zu bringen.

Kreisrat Peis glaubt nicht, dass die Bürgerbefragung darüber entscheiden soll, ob das Konzept durchgeführt werden sollte sondern wie es ausgestaltet werden sollte. Sicher wünscht die Mehrheit der Bürger eine Ausweitung des Konzepts. Nicht alle Bürger, die ihren Sperrmüll nicht zum Wertstoffhof bringen können, entsorgen diesen im Wald. Vielmehr geht es um die Einstellung zum bestehenden System und die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und Mitbürgern. Ein kostenloses Bringsystem würde daran nichts ändern.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende schlägt vor, dass eine bestimmte Menge an Sperrmüll circa 3 – 4 Mal pro Jahr kostenlos abgeholt werden könnte. Die Abholung würde direkt vom Grundstück erfolgen. Das wird aber für manche nicht ausreichen.

Herr Kaspar erläutert, dass momentan Sammlungsmöglichkeiten bei der Müllumladestation Isen und an 7 Recyclinghöfen bestehen. Niemand im Landkreis muss mehr als 10 km fahren, um seinen Müll abgeben zu können. Das Holsystem erfolgt über zwei Unternehmen im Osten und Westen des Landkreises, die derzeit drei bis vier Abholtouren pro Jahr nach vorheriger Anmeldung fahren. Die Bürgerbefragung soll aus Sicht der Verwaltung erfasst und der Politik vorgetragen werden. Bei den im Vorlagebericht genannten Maßnahmen handelt es sich lediglich um Vorschläge. Andere Landkreise haben zwar kein Holsystem, sammeln aber ein Vielfaches an Sperrmüll. Dort gibt es eine sehr günstige Regelung. Vor dem Hintergrund der anstehenden Gebührenkalkulation ist es jedoch schwierig, darüber Rückschlüsse zu ziehen.

Kreisrat Kellermann ist der Meinung, dass die Bürger eine Erweiterung des Holsystems begrüßen würden. Sicher wird während der Bürgerbefragung auf andere Landkreise verwiesen, in denen der Sperrmüll kostenlos abgeholt wird. Im Vorfeld sollten die Bürger darüber informiert werden, dass die finanziellen Lasten von allen Landkreisbürgern zu bezahlen sind. Eine Erweiterung des Angebotes führt auch zu einer Erhöhung der Müllgebühren. Es wird nichts geschenkt. Es liegt auch am Verhalten des Einzelnen, in welchem Maße eine Erweiterung des Angebotes notwendig ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Bürger nur dann entscheiden können, wenn sie wissen, welche Kosten der Einzelne zu tragen hat. Auf dem fertigen Fragebogen muss eine Summe genannt werden. Im Bereich der Abfallwirtschaft muss der betriebene Aufwand über die Gebühren angerechnet werden.

Kreisrätin Seeger weist darauf hin, dass die Kosten für die Sperrmüllentsorgung zu einer Veränderung bei den Bürgern geführt haben. Es ist wohl nicht Ziel führend, die Sperrmüllentsorgung kostenfrei durchzuführen. Es ist wichtig, sich bereits beim Kauf zu überlegen, was nach Gebrauch damit passiert. Das Bringsystem soll nicht teurer sein als das Holsystem. Die Leute, die den Müll im Wald entsorgen, werden durch eine Verbilligung des Holsystems nicht davon abgehalten werden. Eine Vergünstigung des Holsystems belohnt diejenigen, die sich brav an das System halten. Sie fordert zudem eine verwaltungsarme Lösung.

Der Vorsitzende argumentiert, dass bei einer gebührenfreien Abholung auf dem eigenen Grundstück kaum jemand mehr den Sperrmüll aufladen wird, um ihn im Wald zu entsorgen. Bezüglich der Verwaltung merkt er an, dass beispielsweise für den Holzhäcksler die Gemeinden die Listen führen. Wenn die Tour in den Amtsblättern und im Abfallkalender veröffentlicht wird, fährt der Abholdienst nur diejenigen Grundstücke an, deren Besitzer sich vorher angemeldet hat. Die Bürger, die ihren Sperrmüll zur Sammelstelle bringen, haben dieselben Konditionen wie bisher. Diejenigen, die ihren Müll unsachgemäß entsorgen, werden möglicherweise mit



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

einem kostenfreien System davon abgehalten. Die Gemeinden müssen in jedem Jahr bei der Aktion „Saubere Landschaft“ große Mengen an Sperrmüll abtransportieren. Auch für ältere Menschen bietet eine Erweiterung des Holsystems Vorteile.

Kreisrätin Eichinger merkt an, dass mit einer Ausweitung des Abholungsangebots auch mehr Sperrmüll produziert werden wird. Es werden höhere Kosten auf den Landkreis zufallen. Andererseits wird es dahingehend eine Entlastung für den Bürger geben, dass der Transport mit dem Abholservice erleichtert wird. Sie schlägt vor, die Abholung kostenfrei durchzuführen, die Sperrmüllmenge aber trotzdem gebührenpflichtig zu belassen. Damit wird auch die Gerechtigkeit gewahrt. Die Abholung muss auch relativ zeitnah nach Meldung erfolgen.

Kreisrat Peis spricht sich für die kostenlose Abholung einer Sperrmüllmenge von bis zu 2 m³ sowohl im Hol- als auch im Bringsystem aus. Dies bedeutet vor allem eine Erleichterung für die Bürger, die älter sind und allein leben. Das Bewusstsein wird sich durch die Ausweitung des Holsystems nicht dahingehend ändern, dass die Menschen wieder alles auf den Müll werfen.

Kreisrat Gruber stellt fest, dass vor der Bürgerbefragung nicht darüber spekuliert werden kann, was die Bürger denken. Er versteht den Beschlussvorschlag als Prüfung der Ausweitung des Holsystems.

Der Vorsitzende antwortet, dass heute keine Entscheidungen bis ins kleinste Detail getroffen werden können. Wird aber heute überhaupt keine Entscheidung getroffen, kann den Bürgern auch nichts zur Diskussion gestellt werden. Wenn keine Ausweitung des Holsystems geplant ist, ist auch diesbezüglich keine Befragung der Bürger durchzuführen. Er spricht sich für eine klare Positionierung aus. Er formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Ausweitung der Sperrmüllentsorgung im Holsystem zu erarbeiten. Dabei sind folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

Abholung viermal pro Jahr gebührenfrei
Anmeldeverfahren über Gemeinden oder Landratsamt.
Abholung am Grundstück oder alternativ in der Wohnung
Mengenmäßige Begrenzung

Kreisrat Oberhofer schlägt vor: Die Ausweitung des Sperrmüllkonzepts im Holsystem im Landkreis wird grundsätzlich beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept unter Einbeziehung der Bürgerbeteiligungsplattform zu erstellen. Die genannten Eckpunkte sind zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende sagt, dass jeder Kreisrat ein Antragsrecht hat. Kreisrat Oberhofer kann für die CSU-Fraktion den Antrag nachbessern.

Kreisrat Mehringer gibt, dass er davon ausgegangen ist, das Konzept solle lediglich geprüft werden. Wenn der Antrag dahingehend erweitert



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

wird, dass eine Erweiterung des Konzepts beschlossen werden soll, kann er den Antrag nicht mittragen. Es geht ihm grundsätzlich um die Prüfung eines neuen Systems.

Kreisrätin Seeger bittet die CSU-Fraktion, den Antrag auf eine Prüfung des Systems zu ändern. Etwas zu beschließen, was noch nicht errechnet wurde, hält sie für grundsätzlich falsch. Wenn klar ist, welche Kosten auf jeden einzelnen Bürger zukommen, kann ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Der Vorsitzende bittet Herrn Kaspar um nähere Erläuterungen zu den vorliegenden Zahlen.

Herr Kaspar erläutert, dass sich die Zahlen auf die vorliegenden Schätzungen beziehen. Bei dieser Schätzung handelt es sich um eine Verschiebung und nicht um eine Mehrung des Sperrmülls. Eine Schätzung ist relativ schwierig. Es wird davon ausgegangen, dass das Bringsystem nicht komplett ungenutzt bleibt. Die Kosten von 130.000 € beziehen sich auf eine Abholung viermal pro Jahr. Das bedeutet Kosten pro Haushalt von ca. 2,50 €

Kreisrat Hofstetter schlägt vor, über den Antrag des Landrats abzustimmen.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0111-14

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Ausweitung der Sperrmüllentsorgung im Holsystem zu erarbeiten. Dabei sind folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

Abholung viermal pro Jahr gebührenfrei
Anmeldeverfahren über Gemeinden oder Landratsamt.
Abholung am Grundstück oder alternativ in der Wohnung
Mengenmäßige Begrenzung

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

5. Abfallwirtschaft

Vorstellung der Bürgerbeteiligungsplattform "Mitreden im Landkreis Erding"

Vorlage: 2013/1275

Der Vorsitzende berichtet, dass mit der Bürgerbeteiligungsmöglichkeit auch verschiedene andere Themen erfasst werden können. Dabei soll mit dem Bereich Abfallwirtschaft begonnen werden. Es handelt sich dabei um eine neue Möglichkeit der Bürgerbefragung mittels einer Online-Plattform. Wenn es beispielsweise um die Sperrmüllentsorgung geht, soll die bisherige Regelung dargestellt werden. Auch die Kosten für den Gebührenzahler sollen mit aufgenommen werden. Der Bürger kann dann zwischen vier möglichen Alternativen wählen und auch eigene Vorschläge mit einbringen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

gen. Das Verfahren ist auch auf die Elektroaltgerätesammlung anwendbar. Diese wäre an einigen Standorten aus technischer Sicht vorstellbar. Auch die Tonnensystematik kann mit diskutiert werden. In jedem Landkreis herrschen unterschiedliche Voraussetzungen was die Müllabholung betrifft. Es kann zum Beispiel der Personenmaßstab herangezogen werden oder eine mengenmäßige Begrenzung. Möglicherweise wird es aber dann irgendwann verschließbare Tonnen geben. Eine dritte Möglichkeit bietet die Berechnung nach Gewicht. Dazu ist ein Chipsystem nötig, das die Tonne dem jeweiligen Haushalt zuordnet und eine monatliche Gebührenabrechnung. Durch das momentan sehr pauschale System des Landkreises Erding werden die Müllmengen vergleichsweise gering gehalten. Dementsprechend sind auch die Gebühren relativ niedrig. Ein neues System kann eingeführt werden, ist aber anfänglich immer mit immensen Kosten verbunden. Auch das unentgeltliche Angebot von Biotonne und Papiertonne kann diskutiert werden. Es könnten auch die Leistungen, die der Einzelne in Anspruch nimmt, individuell in Rechnung gestellt werden. Bei der Bürgerbefragung müssen auch die damit verbundenen Kosten angegeben werden. Der Bürger soll entscheiden können, welche Leistungen ihm für bestimmte Kosten wert sind. Mit dem Bürger soll ein Dialogprozess geführt werden. Auf die standardisierten Fragen müssen die Antworten teilweise bereits im Vorfeld vorbereitet werden. Auch die Spreizung der Tonnengröße kann neu beraten werden. Diejenigen, die keinen Internetzugang haben, sollten den standardisierten Fragebogen in Papierform zur Verfügung gestellt bekommen. Die Verteilung kann über die Gemeinden erfolgen.

Kreisrat Peis ist der Meinung, dass das bisherige System sehr gut war. Trotzdem können einige Dinge überprüft und verändert werden. Wichtig für einen guten Bürgerdialog sind eine komprimierte Form und eine sehr differenzierte Darstellung.

Kreisrätin Seeger hält die Bereitstellung von Vergleichsdaten aus anderen Landkreisen zum Gebührenvergleich für besonders wichtig. Es ist ebenso wichtig, nach der Zufriedenheit der Bürger mit dem bestehenden System zu fragen. Dann würden die weiteren Punkte entfallen. Die Antworten und Mehrheiten sollen dann wirklich ernst genommen werden.

Der Vorsitzende sagt, dass letztendlich der Kreistag über die Maßnahmen entscheiden wird. Es ist nicht sicher, ob das gewünschte Ergebnis erzielt wird. Der Vergleich mit anderen Landkreisen ist schwierig weil sich die Thematik komplett anders darstellt. Nahezu kein anderer Landkreis hat die Biotonne so in die Gebührenkalkulation integriert wie der Landkreis Erding.

Kreisrat Oberhofer weist darauf hin, dass dabei auch die Strukturen des Landkreises mit beachtet werden sollen. Es geht um die qualifizierte Auseinandersetzung mit der Thematik. Diese kann nur erfolgen, wenn dem Bürger ein großer Baustein an Wissen zur Verfügung gestellt wird.

Der Vorsitzende betont, dass dem Bürger klargemacht werden muss, welche Kostenmehrung eine Maßnahme bedeutet. Möglicherweise möchten einige Bürger lieber weiter ihre günstigen Gebühren behalten als ein kostenintensiveres Mehrangebot in Kauf zu nehmen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Eichinger spricht sich für die Bürgerbeteiligung aus. Mit dem ersten Thema Abfallwirtschaft können Erfahrungen gesammelt werden. Als Ziel sollte eine Weiterentwicklung des Systems mit Ressourcenschonung und auch ein Mehrservice mit besserem Nutzen und besseren Kosten für den Bürger gesetzt werden. Gerade das Thema Gebührensystematik wird viele Fragen aufwerfen. Sie fragt, ob in diesem Bereich innerhalb des nächsten halben Jahres nachgearbeitet werden soll. Zudem möchte sie wissen, ob die Registrierung auch mit einem Pseudonym möglich ist. Der Dialog sollte öffentlich sein.

Sie regt an, auch nach der Nutzung der Recyclinghöfe oder der Situation für Senioren zu fragen. Außerdem sollte gefragt werden, ob mit dem Informationsmaterial zur Abfallwirtschaft Zufriedenheit besteht. Diese Themenschwerpunkte können mit gesammelt werden, ohne dass darauf reagiert werden muss.

Der Vorsitzende erklärt, dass bereits geplant war, allgemeine Anmerkungen zur Abfallwirtschaft im Landkreis Erding mit aufzunehmen. In einem solchen Dialog ist aber eine anonyme Darstellung nicht hilfreich.

Kreisrat Peis warnt, dass Meinungen aus der Umfrage möglicherweise nicht direkt übernommen werden können. Aus dem Dialog müssen Erkenntnisse gezogen werden. Eine Plattform ohne Registrierung hält er ebenfalls für nicht Ziel führend. Es werden schnell einfache Meinungen übernommen. Die Dialogteilnehmer sollen beurteilen können, auf was sie antworten sollen. Die Angabe von Namen und Adressen führt dazu, dass sich die Bürger als Kommunikationspartner ernst genommen fühlen.

Kreisrat Mehringer regt an, klar zu vermitteln, dass der Landkreis zwar sehr an Meinungen interessiert ist, die Entscheidungsträger aber in demokratisch legitimierten Wahlvorgängen festgelegt wurden.

Der Vorsitzende sagt, dass die Gebührensatzung auch von den Kreisräten beschlossen wird. Die Meinung der Bürger trägt aber zur Entscheidungshilfe bei. Jeder Kreisrat kann für sich selbst entscheiden, wie dieser Faktor zu bewerten ist. Die Meinung der Bürgerinnen und Bürger bleibt abzuwarten.

Kreisrätin Seeger fragt, was die Einrichtung der Bürgerplattform kostet.

Der Vorsitzende antwortet, dass sich die Kosten auf 16.300 € inklusive der Auswertung belaufen.

Kreisrätin Eichinger hält eine Registrierung der Nutzer für sinnvoll. Die Namen der User müssen aber nicht unbedingt für die anderen sichtbar sein.

Frau Fuchs-Weber erklärt, dass es sich um eine übliche Internetplattform handelt. Die Nutzer müssen sich registrieren und werden mit vollständigem Namen sichtbar sein. Es wird kein Grund gesehen, warum das nicht so sein sollte. Der Zeitraum läuft ein halbes Jahr ab Mitte Mai.



Der Vorsitzende berichtet, dass die Befragung zügig durchgeführt werden sollte, da ab 01.01.2014 die turnusmäßige Gebührenkalkulation durchgeführt werden muss. Für die Fortschreibung sollten sie Informationen aus der Bürgerbefragung zur Verfügung stehen.

6. Bekanntgaben und Anfragen

6.1. Anfrage von Kreisrat Gruber zur Nordumfahrung

Kreisrat Gruber berichtet, dass Herr Kreisrat Haindl am Rande der letzten Kreistagssitzung nachgefragt hat, inwieweit der Fliegerhorst Einfluss auf die Optionen der Nordumfahrung hat. Stellvertretender Landrat Gotz antwortete darauf, dass das Verfahren bereits so weit fortgeschritten ist, dass so eine Möglichkeit nicht gesehen wird. Das Gebiet hat jedoch eine erhebliche Größe. Er möchte wissen, inwieweit sich die am Verfahren Beteiligten auch für diese Tatsache interessieren und ob es noch irgendwelche Prüfungen dazu gibt.

Der Vorsitzende erklärt, dass er unabhängig von der Beschlusslage Prüfungen veranlasst hat. Die bereits bekannte Strassmair-Variante wurde mehrfach von der Gemeinde Bockhorn ins Spiel gebracht. Dabei würde die Nordumfahrung erst vor dem Anwesen Strassmair abzweigen. Der Verkehr durch die Ortschaften würde wie bisher belassen. Es würde dann eine Querverbindung in nördlicher Richtung zwischen Wiweb und Fliegerhorst geschaffen. Die Entscheidung zur Reduzierung des Fliegerhorsts wurde bereits im Herbst 2011 mitgeteilt. Ein weiterer Vorschlag war, die Start- und Landebahn im Fliegerhorstgelände als Straße zu verwenden. Die Straße würde in Unterstrogn abzweigen und in weiten Teilen relativ nah an die Stadt Erding heranrücken. Die Informationen diesbezüglich können gern zur Verfügung gestellt werden. Der Kreistag hat eine Entscheidung zur Variante Süd 2 getroffen weil sie aus zwei Gesichtspunkten die Vorzugsvariante darstellt. Zum einen hat sie die größte Akzeptanz und bietet damit die größte Verkehrsentslastung. Die Variantenüberprüfung für die

Süd 3 im Bereich Verkehrsfrequentierung hat hier deutlich weniger Effekte. Es wird schwierig, eine Variante ins Planfeststellungsverfahren zu bringen, die weniger Entlastungseffekt hat. Auch der ökologische Aspekt fällt für die Variante Süd 3 deutlich schlechter aus als für die Variante Süd 2. Verfahrensrechtlich wird es schwer, diese Variante vor Gericht durchzusetzen. Auch für die Strassmair-Variante wurden die ökologischen Aspekte grob abgeschätzt. Das Umweltbüro hat mitgeteilt, dass sowohl bei der Strassmair-Variante als auch bei der Start und Landebahn-Variante ein zusätzlicher Ausgleichsbedarf von 60 ha erforderlich ist.

Kreisrat Gruber bittet, die Unterlagen nachzureichen damit die Kreisräte auf Nachfrage der Bürger Informationen geben können.

Der Vorsitzende sichert dies zu. Zudem steht noch die Entscheidung über die Anknüpfungspunkte im Juni/Juli aus. Die grundsätzliche Entscheidung wird erst dann getroffen. Die Umfahrung von Grünbach hat sich sehr positiv entwickelt. Der Bau muss durch den Bund erfolgen. Im neuen Entwurf des Freistaates Bayern für die Fortschreibung des Bundesver-

kehrswwegeplanes von Seiten der Bayerischen Staatsregierung ist die Um-
fahung Grünbachs in den vordringlichen Bedarf gestellt worden.



Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vor-
sitzende die Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt
um 16:10 Uhr.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Claudia Kirmeyer
Verwaltungsangestellte